



KAPER BRIEF

Piratenzeitung zu Berlin
Ausgabe 0/Oktober 2010

Die Berliner Piraten geben sich ein neues Programm

Landesparteitag berät (nicht nur) über Berliner Grundsatzprogramm

Am 23. und 24. Oktober veranstaltet die Piratenpartei Berlin ihre zweite Landesmitgliederversammlung in diesem Jahr. Die ca. 200 Piraten und Gäste – die wie bei allen Piratentreffen stets willkommen sind – erwartet im Glashaus der Arena ein volles Programm. Auch im Hinblick auf das bevorstehende Wahljahr 2011 werden die Diskussionen der vergangenen Monate um politische Positionen und Leitlinien für eine bessere Politik in Berlin in ein neues Grundsatzprogramm gefasst.

Unter dem Motto *Berlin braucht mehr Demokratie* werden unter anderem Programmpunkte für eine transparente Politik und Verwaltung und eine Stärkung der demokratischen Partizipation der Bürger, eine soziale und nachhaltige Stadtentwicklung und eine vernünftige Migrations- und Integrationspolitik zur Abstimmung stehen.



CC: Dominik Wagner

Vorbereitet wurden die Anträge, die jedes Mitglied direkt stellen kann, zumeist kollaborativ mit Hilfe der elektronischen Diskussionsplattform *LiquidFeedback*. Die Verbindung von direktdemokratischem und (wie sonst in der Parteienlandschaft üblichem) Delegationssys-

tem hat sich nicht nur als Arbeitsmittel bewährt, sondern stellt für die Piraten zugleich den Startpunkt für eine andere, basisorientierte, transparente und korruptionsresistente politische Arbeit dar.

Neben den Anträgen für das neue Grundsatzprogramm liegen solche für Beschlüsse zu spezifischen Themen aus vielen Politikbereichen vor, etwa zur Einrichtung einer unabhängigen Beschwerdestelle für Polizei-Übergriffe, der Stopp des Autobahnbaus A 100, der Offenlegung von Geheimverträgen wie beim Berliner Wasser und der Einführung von Bürgerhaushalten in allen Berliner Bezirken. Einigkeit besteht in der Berliner Piratenpartei offensichtlich auch bei „Bundesthemen“: Die Abschaffung des Elektronischen Entgeltnachweises ELENA ist ebenso Konsens wie die Ablehnung der Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken.

Gespannt darf man sein auf die Positionen zu einem in Berlin besonders brisanten Problem, nämlich der Frage nach der Reform des maroden Sozialsystems mit der unwürdigen Behandlung und Ausgrenzung von Hartz-IV-Empfängern. Die Antwort könnte darin bestehen, dass die Piratenpartei die Erprobung und Einführung eines Bedingungslosen Grundeinkommens (BGE) befürwortet; eine Perspektive, die zwar von vielen Wirtschaftswissenschaftlern empfohlen wird, zu der sich aber bisher keine der größeren Parteien in Deutschland bekannt hat.

Im ersten Kaperbrief werden wir uns mit einigen der angesprochenen Themen genauer befassen. Auf Seite 3 werden die Hintergründe des Berliner Wasserbegehrens beleuchtet. Um unsere Vision einer interaktiven Demokratie geht es auf Seite 6. Und auf Seite 5 findet Ihr Euch als gläserne Arbeitnehmer wieder – dank ELENA.

Editorial

Ein Druckmedium der Piratenpartei mag manchen erstauen. Im Zeitalter des schnellen Zugriffs auf Informationen über das Internet lesen viele Menschen Daten und Fakten eher am Bildschirm. Wir haben uns trotzdem für die Herausgabe des Kaperbriefs entschieden, denn Online und Offline ergänzen einander. Gedruckte Informationen haben den Vorteil, dass die Leser etwas anfassen, sich griffbereit auf den Schreibtisch oder den Nachttisch legen, und dann lesen können, wenn Zeit dafür ist.

Zum Namen unserer Zeitung: Der Kaperbrief war ein Dokument, das der Souverän einem Kapitän ausstellte. Dieser wurde dadurch zur Kaperfahrt berechtigt und erhielt das Recht, Schiffe einer anderen Nation zu kapern. Der Kaperer handelte dabei offiziell im Auftrag des ausstellenden Staates, es handelte sich also um „legalisierte“ Piraterie. Berühmte Kaperer waren etwa Klaus Störtebeker mit seinen Likedeelern im Auftrag des schwedischen Königs Albrecht oder der Seeheld Sir Francis Drake, der im 16. Jahrhundert die spanische Armada mit Unterstützung von Queen Elizabeth I. bekämpfte.

Die Analogie zur Piratenpartei verstehen wir folgendermaßen: Der Souverän in unserer Demokratie sind die Bürgerinnen und Bürger. Sie können uns mit ihren Stimmen den Auftrag geben, die Parlamente zu kapern. Ausschließlich in ihrem Sinn wollen wir Politik machen.

Viel Vergnügen wünscht Euch
Die Kaperbrief-Redaktion

Meinungen, Kritik, Anregungen:
Schreibt uns!
info@kaperbrief.org

Kaperbrief - Piratenzeitung zu Berlin
www.kaperbrief.org



Freiheit statt Angst!

Großdemonstrationen in europäischen Hauptstädten unter dem Motto *Stoppt den Überwachungswahn!*

Am 11. September 2010 fand in Berlin die jährliche Demonstration für Freiheit, Demokratie, Recht auf private Kommunikation, Meinungsfreiheit und eine gerechte und freie Gesellschaft statt. Mehr als 8000 Teilnehmer folgten dem Aufruf des Arbeitskreises Vorratsdatenspeicherung, von Bürgerrechts- und Datenschutzorganisationen, Gewerkschaften und Parteien. Die *Freiheit statt Angst* ist Teil des internationalen Aktionstages *Freedom not Fear*, gleichzeitig gingen auch in anderen europäischen Hauptstädten wie Amsterdam, Warschau, Stockholm, Helsinki, Wien und Paris Tausende Menschen auf die Straße und machten ihrem Unmut über die zunehmende Überwachung Luft.

Kontrolle allerorten...

Europäisch war denn auch ein Hauptthema der diesjährigen Plakate und Transparente. INDECT („Intelligent information system supporting observation, searching and detection for security of citizens in urban environment“) heißt das Forschungsprojekt der Europäischen Union, das alle verfügbaren Überwachungstechnologien in einer universellen Infrastruktur für die Polizeiarbeit bündeln soll. Neben den bereits im Einsatz befindlichen Techniken von

beginn gestartete Verfahren für den Elektronischen Entgeltnachweis ELENA – gegen das bereits Verfassungsbeschwerde eingereicht wurde, die geplante elektronischen Gesundheitskarte, und der Jugendmedienschutz-Staatsvertrag, der

tionelle Selbstbestimmung schrumpft von Tag zu Tag. Egal was wir tun, mit wem wir sprechen oder telefonieren, wo wir uns bewegen, mit wem wir befreundet sind, wofür wir uns interessieren – der „große Bruder“ Staat und die



CC: Pirate Images

das deutsche Internet ab 22 Uhr am Abend in ein zensiertes „Kindernet“ verwandeln soll.

In den letzten Wochen liefen bei der Piratenpartei Berlin die Vorbereitungen auf Hochtouren, wurden Plakate und Aufkleber in der Stadt verteilt, Wagen organisiert und „Winkelemente“ gebastelt. Viele Piraten reisten zudem aus

ganz Deutschland an und setzten ein klares Zeichen für die Gewährleistung von Privatsphäre, vertraulicher Kommunikation und einem zensurfreien Zugang zu Informationen. Privatsphäre ist ein wichtiger Teil unserer menschlichen Würde – und zwar in allen Lebensbereichen.

Die Veranstalter stellten fest: „Die Überwachung nimmt zu. Am Arbeitsplatz, in Bildungsinstitutionen und im Privaten werden wir zunehmend beobachtet. Auch staatliche Stellen registrieren, überwachen und kontrollieren uns bei immer mehr Gelegenheiten. Die informa-

„kleinen Brüder und Schwestern“ aus der Wirtschaft wissen es immer genauer. Dieser Abbau der Privatsphäre gefährdet unsere demokratische Gesellschaft. Menschen, die sich ständig beobachtet und überwacht fühlen, können sich nicht unbefangen und mutig für ihre Meinung und ihre Rechte einsetzen. Weder in Deutschland noch weltweit.“

...bringt keine Sicherheit

Der Jahrestag der Anschläge in New York und Washington stellte die FSA in einen nachdenklichen Zusammenhang. Neben den unmittelbaren Opfern sind durch Radikalisierung und teils überbordende Bedrohungsszenarien weitere tote und traumatisierte Menschen zu beklagen. Hier gilt das Motto der Demonstration mehr denn je: Angst lässt sich nicht durch Abschottung, Kontrollwahn und Machtspiele dämpfen. Im Gegenteil, Angst besiegt man nur, indem man frei und gleichberechtigt aufeinander zu- und miteinander umgeht, Unterschieden zum Trotz. Ein von Piraten gern benutztes Zitat von Benjamin Franklin bringt es auf den Punkt: „Diejenigen, die für ein wenig vorübergehende Sicherheit grundlegende Freiheiten aufgeben, verdienen weder Freiheit noch Sicherheit.“



CC: Pirate Images

Überwachungskameras, Telekommunikationsüberwachung und Handyortung sollen persönliche Datenspuren im Internet ausgewertet werden und Innenstädte sogar durch unbemannte Flugkörper überwacht werden.

Andere aktuelle Themen waren das zu Jahres-



Wem gehört das Berliner Wasser?

Teilprivatisierung der Grundversorgung garantiert Renditen für Global Player

Eine einfach zu beantwortende Frage, so scheint es: Den Berliner Wasserbetrieben. Denen, die unseren grauen Alltag seit 2008 mit niedlichen Quietsche-Entchen auf großen Plakatwänden bereichern (auf Verbraucherkosten versteht sich). Also dem Land Berlin, also uns allen? Was hat es wirklich mit den Berliner Wasserbetrieben auf sich und warum meinen wir, dass Sie das Volksbegehren des *Berliner Wassertisches* unbedingt mit Ihrer Unterschrift unterstützen sollten?

Es entspricht vielmehr der Geschäftsidee einer *Public-Private-Partnership* (PPP), also einer Öffentlich-Privaten Partnerschaft, dass Privatunternehmen für die kurzfristige Investition in öffentliche Betriebe und Infrastruktur mit Rendite-Garantie über Jahrzehnte „entschädigt“ werden. Egal wie viel die Berliner Wasserbetriebe also einnehmen und ausgeben, der Gewinn der privaten Investoren steht in jedem Fall fest: Dafür haftet der öffentliche Partner, das Land Berlin – also wir alle.

Seit den vergangenen zehn Jahren wurden nun – den Verheißungen einer effizienteren Betriebsführung entsprechend – Personal abgebaut, Qualitätsstandards gesenkt, drei Wasserwerke geschlossen, mit einem Verlust von 20 Quadratkilometern Fläche an Trinkwasserschutzgebieten. Und nicht zuletzt wurden die Wasserpreise für die Verbraucher erhöht.

Die weitreichendste Ungerechtigkeit an dieser bis dato größten Public-Private-Partnership in Europa ist aber folgende: Die Teilprivatisierungsverträge sind unter Verschluss, selbst die Berliner Abgeordneten dürfen diese nur nach Unterzeichnung einer Verschwiegenheitsklausel einsehen. Das heißt konkret, dass sämtliche Vertragsdetails geheim sind, etwa die Rechte und Pflichten der Vertragspartner, und eben auch die finanziellen Risiken, die auf die öffentliche Hand zukommen. Damit wird eine Anfechtung der Verträge und ihrer Gewinnzusagen unterbunden, was laut Insider-Informationen durchaus erfolgversprechend wäre.

Offenlegung unterstützen!

Genau darum geht es bei dem Volksbegehren *Unser Wasser!* des Berliner Wassertisches. Seit 2007 kämpft das Bündnis für die Offenlegung der Geheimverträge. Bei dem zweistufigen Verfahren muss zunächst ein Volksbegehren, d.h. eine Sammlung von 172.000 Unterschriften von wahlberechtigten Berlinern, zustande kommen. Mit diesem kann dann ein Volksentscheid, also eine direktdemokratische Abstimmung, über die Veröffentlichung der Teilprivatisierungsverträge erzwungen werden.

Die Piraten appellieren an alle Berliner, sich für einen transparenten und am Gemeinwohl orientierten Umgang mit unseren öffentlichen Gütern einzusetzen!

105.000 Berliner haben dies mit Ihrer Unterschrift einen Monat vor Ablauf der Frist bereits getan. Bis zum 27. Oktober müssen noch 67.000 folgen: Ihr, Eure Verwandten, Freunde und Kollegen!

Helft uns, indem Ihr euch in die Unterschriftenlisten eintragt, die unter

www.berliner-wassertisch.net

zu finden sind und in allen Bürgerämtern angenommen werden. Oder Ihr schickt das Formular direkt an den Berliner Wassertisch, c/o GRÜNE LIGA Berlin e.V., Prenzlauer Allee 8, 10405 Berlin zurück.

Haltet Ausschau nach den Ständen des Berliner Wassertisches in den Bezirken, wo Ihr gerne informiert werdet und vor allem: Sagt es weiter!



CC: Tristan Nitot

Der *Berliner Wassertisch* ist ein freier Zusammenschluss von verschiedenen zivilgesellschaftlichen Initiativen und engagierten Bürgern, der sich als Fernziel die Rekommunalisierung der Berliner Wasserbetriebe auf die Fahnen geschrieben hat. Die Berliner Wasserbetriebe gehören nämlich seit der Teilprivatisierung 1999 zu 49,9% den international agierenden Versorgungsunternehmen RWE Aqua und Veolia Wasser. Wer nun allerdings denkt, dass der Senat mit 50,1% der Anteile weiter die Entscheidungsgewalt über das Trinkwasser in Berlin und seinen Preis behält, liegt leider falsch.

Wasserprivatisierung im Film

Der 20minütige Film *Flüssiges Berlin?* wurde vor kurzem von Attac gedreht. Er erklärt die Teilprivatisierung des Wassers in Berlin und das Anliegen des Berliner Wassertisches. Der Film steht in zwei Teilen unter <http://kaperbrief.org/FlüssigesBerlin> zum Anschauen bereit.

Die Privatisierung der Trinkwasserversorgung ist nicht nur in Berlin ein umstrittenes Thema. Der einstündige Dokumentarfilm *Wasser unterm Hammer* von L. Franke und H. Lorenz zeigt deren verheerende Auswirkungen u.a. am Beispiel von London. Der Film wird regelmäßig vom Berliner Wassertisch öffentlich vorgeführt. Einen Vorgucker gibt es online unter <http://kaperbrief.org/WasserUntermHammer>.

Mit *Water Makes Money* haben die Regisseure gerade ein weiteren Film zum Thema gemacht, der Ende September in einigen Berliner Kinos angelaufen ist.

Piratiges zum Mitmachen und Mitlesen

Jungen Piraten (JuPis) Die Jugendorganisation der Piratenpartei bietet jungen Menschen die Möglichkeit, sich in eigener Regie politisch zu engagieren und weiterzubilden

Die Jungen Piraten vertreten die Interessen von Kindern und Jugendlichen innerhalb der Piratenpartei Deutschland und können damit schon früh Einfluss auf das politische Geschehen nehmen. Sie setzen sich aktiv für Meinungsfreiheit und Datenschutz in ihrem Umfeld ein, z.B. bei den Themen pauschale Zugangsbeschränkungen zum Internet, Kriminalisierung von Computerspielen und Datenerfassung an Schulen. Zudem streben sie die Demokratisierung des Schulsystems an.

Demokratie und Grundrechte sind nicht selbstverständlich und müssen bereits in der Schule thematisiert werden. Um die freie Entfaltung der Schüler besser gewährleisten zu können, sollen die bestehenden Gremien (Klassensprecher, Schülersprecher, Stadtschülerräte, Landesschülerräte) weitergehende Kompetenzen erhalten, die vergleichbar mit denen der Lehrer sind.

Mach mit! Werde Junger Pirat!

Wir freuen uns über jeden, der uns helfen möchte. Es gibt viele Wege, ganz unverbindlich bei uns reinzuschauen. Auch wenn wir Piraten sind, beißen wir niemanden. Wir bieten jedem die Möglichkeit, bei uns mitzuarbeiten und Spaß zu haben. Werde Mitglied! Je mehr Mitglieder wir haben, desto größer wird unser politisches Gewicht. Du bist jung und interessierst dich für die Kultur des Internets? Die freie Verteilung von Wissen, Open Source und der Schutz des freien Internets liegen Dir am Herzen?

Datenschutz, der Kampf gegen die Vorratsdatenspeicherung und natürlich auch Themen wie Umweltschutz und Gleichberechtigung interessieren dich? Wenn Du junge Menschen suchst, denen diese Themen genauso wichtig sind, dann bist Du bei uns genau richtig. Auch jenseits der Politik haben wir viel Spaß, etwa bei einem Zeltlager im Sommer, dem JupiCamp auf dem Land.

Die Mitgliedschaft zu beantragen dauert nur wenige Minuten und so kannst Du uns bei unseren Aktionen unterstützen und aktiv mitwirken. Der Mitgliedsbeitrag beträgt nur 1 € im Monat. Natürlich kannst Du auch ohne Mitgliedschaft reinschnuppern. Für den Anfang schaust Du am Besten in unserem Forum oder Wiki vorbei. Die Links zu den Jungen Piraten und wie man Mitglied wird, findest Du unter www.kaperbrief.org.

Geballte Informationen wiki.piratenpartei.de und flaschenpost.piratenpartei.de

Undendliche Weiten...Das *Piratenwiki* ist die offene Informations- und Koordinationsplattform der Piratenpartei. Insgesamt enthält es rund 100.000 Seiten, die von mehr als 12.000 angemeldeten Benutzern erstellt und gepflegt werden. Die Inhalte sind vielfältig: Offizielle Aussagen zur Satzung oder zum Parteiprogramm, diverse Informationen zu aktuellen Veranstaltungen und Aktionen, Treffpunkten und Terminen, Dokumentationen zu interessanter Literatur, Diskussionsseiten zu verschiedenen politischen Themen und vieles mehr. Das

Wiki ist einerseits das digitale Gedächtnis der Piraten, andererseits ihr alltägliches Arbeitsmittel – neben einigen anderen. Das Piratenwiki ist ferner der Anlaufpunkt für Interessierte, um sich über die Arbeit der Partei zu informieren. Die Funktionsweise entspricht der freien Enzyklopädie Wikipedia. Mit wenigen Grundkenntnissen kann jeder Beitrag erstellen.

Die *Flaschenpost* ist die zentrale Mitgliederzeitung der Piraten. Wie man vermuten kann, existiert sie vornehmlich als Webseite und Email-

Newsletter. Reinschauen bzw. abonnieren lohnt sich aber auf jeden Fall: Sie berichtet nicht nur über die wichtigsten Aktivitäten der Piratenpartei, den Landesverbänden, und der Pirate Party International, sondern informiert aktuell über bemerkenswerte, aber auch bedenkliche Neuigkeiten rund um die Netzwelt, staatliche und privatwirtschaftliche Datensammelwut, Überwachung on- und offline und Reformbestrebungen für mehr Transparenz und Mitbestimmung. Unter www.piratenpartei.de könnt Ihr Euch den Flaschenpost-Newsletter bestellen.

Der gläserne Arbeitnehmer

ELENA-Verfahren Hat Sie ihr Arbeitgeber Anfang des Jahres auch darüber informiert, dass Ihre Beschäftigungsdaten nun elektronisch weitergeleitet werden? Und da stand: Mit ELENA ändert sich für Sie als Arbeitnehmer nichts. Na dann, ...

ELENA – das ELEktronische EntgeltNAchweis-Verfahren ist seit Anfang des Jahres für alle Arbeitgeber Pflicht. Das bedeutet, dass nun Monat für Monat Daten über alle Einzelheiten von Mitarbeitern – 40 Millionen Arbeitnehmer, auch Beamte, Richter und Soldaten – erhoben und elektronisch abgeliefert werden müssen. Der „Multifunktionale Verdienstdatensatz“ umfasst dabei nicht nur Details über die Beschäftigung und Entgelte, sondern auch sehr persönliche Informationen wie Gründe für Fehlzeiten (z.B. Pflegezeit und Mutterschutz), Abmahnungen und Kündigungen. Diese Angaben werden allein vom Arbeitgeber gemacht; Arbeitnehmer haben erst einmal bis 2012 keine Möglichkeit zur Akteneinsicht, und damit auch keine Möglichkeit zum Einspruch. Geplant war übrigens sogar, Teilnahmen an Streiks zu dokumentieren. Nach massiven Protesten von Gewerkschaften und Datenschützern im Vorfeld wurde zumindest dieser Teil dieser zentralen „Arbeitnehmer-Verwaltung“ gestrichen.

Begehrte Daten

Die Beschäftigungsdaten werden in der Zentralen Speicherstelle (ZSS) zusammengeführt und für jeden einzelnen Bürger gesondert „auf Vorrat“ gespeichert, um daraus später Entscheidungen und Berechnungen über Elterngeld, Wohngeld und andere Sozialleistungen ableiten zu können. Nicht nur die Agentur für Arbeit soll Zugang zu den Daten haben, mittelfristig

soll genauso für kommunale und zivilrechtliche Verfahren darauf zurückgegriffen werden können.



CC: Lisavan, Pirate Images

Ab 2012 sollen planmäßig die Arbeitsagenturen als erste Behörden die Daten nutzen – und der Bürger muss diesen Zugriff erlauben, um Leistungen zu erhalten. Dazu muss er sich „elektronisch ausweisen“ können. ELENA wird also gleichzeitig dazu benutzt, Chipkarten mit digitalen Signaturen bzw. den neuen elektronischen Personalausweis verpflichtend zu machen.

Dass Externe an dieser persönlichen Arbeitsgeschichte sehr interessiert sind, kann man sich leicht denken. Potentielle Arbeitgeber würden wahrscheinlich gerne wissen, wenn ein Arbeitnehmer öfters wegen eines pflegebedürftigen Verwandten fehlt, Krankenkassen und andere Versicherer dürften durch Fehlzeiten dokumentierte Erkrankungen brennend interessieren. Dass Personendaten früher oder später ausspioniert, weitergegeben und missbraucht werden,

bestätigt sich leider regelmäßig durch diverse Datenskandale.

Langfristige und Personen eindeutig zuzuordnende Datensammlungen bergen vor dem Hintergrund der automatisierten Informationstechnik ein Überwachungspotential mit ungewissem Ausgang. Deswegen hat das Bundesverfassungsgericht bereits 1983 ein spezielles Grundrecht aus den ersten Artikeln im Grundgesetz abgeleitet, das der Informationellen Selbstbestimmung. Eine anlasslose Speicherung von personenbezogenen Daten „auf Vorrat“ ist damit nicht vereinbar – es besteht die Gefahr, dass der Staat hierdurch die freie Entfaltung der Persönlichkeit seiner Bürger, ihre Gewissensfreiheit und ihre Würde, beeinträchtigt.

Verstoß gegen die Verfassung?

Aus diesem Grund wurde vom Verein FoeBuD und dem Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung, dem auch die Piratenpartei angehört, eine Sammelbeschwerde mit 22005 Vollmachten gegen das ELENA-Verfahren beim Bundesverfassungsgericht eingereicht. Die Aussichten, dass das Gericht der Beschwerde statt gibt, stehen nicht schlecht – aus ähnlichen Gründen wurde bereits im März die Speicherung von Telekommunikationsdaten auf Vorrat als verfassungswidrig eingestuft und die erhobenen Daten mussten mit sofortiger Wirkung gelöscht werden.

Im Moment werden allerdings noch weiter jeden Monat unsere Beschäftigungsdaten gesammelt und zentral gespeichert. Bis zum nächsten Datenskandal (der öffentlich wird).

Weiterführende Informationen findet Ihr unter: <http://wiki.piratenpartei.de/ELENA-Verfahren>

MIMI and EUNICE
[spricht: Me-Me und You-Ness]
CC: Nina Paley



Basisdemokratie 2.0

Liquid Democracy Repräsentative oder direkte Demokratie? Weder noch, sondern interaktive Demokratie

Stellen wir uns eine Wählerin vor, deren Grundüberzeugungen in vielen Punkten von der CDU vertreten werden, die aber strikt gegen Atomkraftwerke ist. Wie soll sie sich verhalten? Wählt sie einen Kandidaten der CDU in den Bundestag, dann kann sie auf dessen Entscheidungen keinen Einfluss mehr nehmen. Erst in vier Jahren bei der Neuwahl wird ihre Stimme wieder ein gewisses Gewicht haben. Dieses Dilemma gilt nicht nur für die Wählerin, sondern auch für den Abgeordneten. Er folgt im Zweifelsfalle bei einer Abstimmung zu einem neuen Gesetz dem Willen seiner Parteispitze, da er den Willen seiner Wählerin gar nicht kennt, gar nicht kennen kann. Dieses Problem tritt immer dann auf, wenn Wähler ihre Stimme an Repräsentanten – also die Abgeordneten – „abgeben“ müssen.

nullieren kann. Unser politisches System leistet sich zwar einige magere Elemente direkter Demokratie als Dekoration, doch wichtiger ist den Poilikern und Parteien ihr Einfluss. Würde man allerdings in Deutschland mit seinen Tausenden von Gesetzen, Verordnungen, Bestimmungen und Richtlinien eine konsequente direkte Demokratie einführen, wären die Bürger schnell überfordert. Jeder müsste täglich Entscheidungen treffen und das zu Themen, zu denen er nicht ausreichend informiert ist.

Ausweg: Interaktive Demokratie

Der Ausweg aus diesem Dilemma liegt in der Interaktiven Demokratie (Liquid Democracy, manchmal auch „Flüssige Demokratie“ oder „Fließende Demokratie“ genannt), bei der Übergänge zwischen repräsentativer und direkter Demokratie bestehen. Die Nachteile der beiden Prinzipien können gemildert, die Vorteile gebündelt werden. Dabei nutzen die Wählerinnen und Wähler ein elektronisches System. Jeder kann bei einer

Entscheidung selbst bestimmen, ob er sich wie in einer repräsentativen Demokratie verhalten will, also seinen Abgeordneten vertraut, oder ob er mit seiner Stimme direkt in den Meinungsbildungsprozess eingreifen will. Da man nicht über alle Sachthemen umfassend informiert sein kann, kann man seine Stimme einer anderen Person übertragen, der man Kompetenz zutraut.

Man kann sich vorstellen, dass die Bevölkerung einer Stadt oder eines Landes auf diese Art zu einem riesigen Freizeitparlament wird. Täglich, wöchentlich oder nur monatlich bringen die Bürger ihre Vorstellungen in das politische Geschäft ein und erhalten eine viel größere Verantwortung als bisher. Die Regierung führt ihre Politik gleichsam „unter Vorbehalt“ aus, die Entscheidungen können per Bürgervotum revidiert werden. Unter dem Strich wird mit diesen Mitteln Politik sachorientierter, schneller und flexibler.

LiquidFeedback

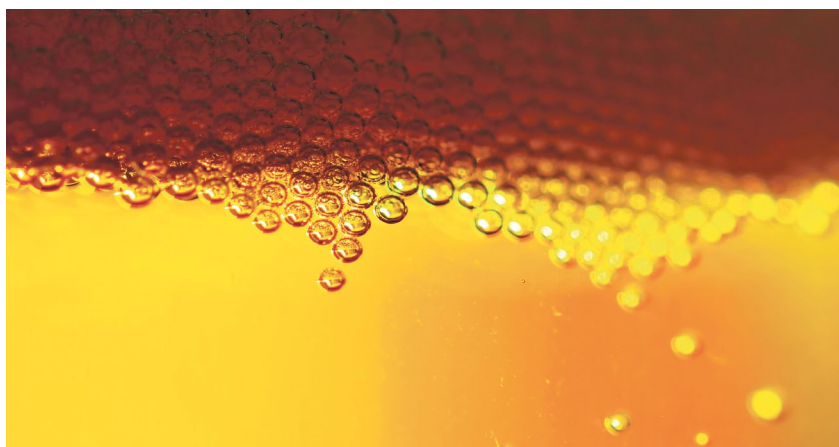
Interaktive Demokratie liefert Lösungsansätze für eine bessere Teilhabe der Bürger und weist damit eine große Übereinstimmung mit den Zielen der Piratenpartei auf. Um hier Erfahrungen zu sammeln, wurde eine Software entwickelt, die den Namen LiquidFeedback trägt und seit Anfang des Jahres 2010 im Landesverband Berlin der Piratenpartei erprobt wird.

Vorrangiges Ziel ist dabei, trotz stark steigender Mitgliederzahlen die basisdemokratische Ausrichtung zu garantieren. Einmalig in der deutschen Parteienlandschaft ist es, dass der Parteivorsitzende und ein einfaches Parteimitglied die gleichen Rechte bei der demokratischen Mitwirkung haben. Jeder darf über LiquidFeedback einen Vorschlag einbringen, Unterstützer dafür sammeln, Anregungen geben, bei Bedarf einen Gegenvorschlag einbringen und an der abschließenden Abstimmung teilnehmen. Die Diskussionsphase ist äußerst transparent, da ständig ein Feedback erfolgt über die Zahl der Unterstützer, über Änderungen an der Vorlage und über eingebrachte Anregungen. Um den Einwand der Manipulierbarkeit bei elektronischen Abstimmungen zu begegnen, werden nach der Abstimmung alle Abstimmtdaten offengelegt, also angezeigt, wer bei welcher Abstimmung wie gewählt hat. Durch diese Transparenz ist das System optimal geschützt. Geheime Wahlen mit Hilfe von Computern halten die Piraten dagegen für prinzipiell zu unsicher und lehnen sie ab.

In der kurzen Erprobungsphase von etwa einem Jahr hat sich LiquidFeedback bereits im Landesverband Berlin hervorragend bewährt. Verschiedene programmatische Positionen ließen sich durch die Parteibasis klären oder präziser formulieren. Auch als nicht registrierter Benutzer von LiquidFeedback kann sich jeder einen Überblick über die aktuellen Entwicklungen im Landesverband Berlin verschaffen, da das System unter <https://lqpp.de/be/> offen im Internet einsehbar ist.

Ebenfalls erprobt wird LiquidFeedback nicht nur in anderen Landesverbänden und auf Bundesebene, sondern auch von (Schwester-)Piratenparteien in anderen Staaten.

LiquidFeedback steht als Open-Source-Software kostenfrei zur Verfügung und kann daher auch von anderen Parteien, Gebietskörperschaften, NGOs und Vereinen genutzt werden. Die Entwickler haben zur Betreuung und Weiterentwicklung der Software den Verein Interaktive Demokratie e.V. gegründet.



CC: Tambako the Jaguar

Direkte Demokratie

Das Gegenmodell der direkten Demokratie ist mehr als 2000 Jahre alt und stammt aus dem antiken Athen, der Geburtsstätte der Demokratie. Heute praktizieren die Schweiz und einige Staaten der USA direkte Demokratie, indem sie ihren Bürgern bei wichtigen politischen Fragen eine Entscheidung mit Hilfe von Abstimmungen ermöglichen. Damit ist die politische Feinsteuerung beim Erlass von Gesetzen sehr viel besser möglich als durch Wahlen allein, da die spezifische Meinung der Wähler berücksichtigt wird.

In Deutschland sind direktdemokratische Prinzipien durch Volksentscheide oder Bürgerbegehren nur sehr begrenzt möglich. Entweder sind die Hürden sehr hoch oder es darf nur abgestimmt werden über Themen, die den Staat nichts kosten. Oder die Regelungen sind absurd, wenn das Parlament Volksentscheide wieder an-

Wie navigieren die Piraten?

Organisation der Piratenpartei: Vorstand, Crews, Squads

Das höchste Organ der Piratenpartei in Berlin ist die Landesmitgliederversammlung, an der jedes Mitglied teilnehmen kann und die vor allem Beschlüsse über die Satzung und das Partei- und Wahlprogramm fasst. Ferner wählt sie den Landesvorstand und das Schiedsgericht.

Eine *Crew* ist eine Gruppe von Piraten auf lokaler Ebene, die insbesondere der sozialen Vernetzung, der Diskussion und der Weitergabe von Wissen an Neupiraten dient. Eine Crew umfasst unter 10 Personen, so dass man an einem Tisch sitzen und ein gemeinsames Gespräch führen kann. Jede Crew hat einen Ankerplatz für öffentliche Treffen, z.B. ein Café. Jede Crew gibt sich einen prägnanten, piratischen Namen; Crewnamen sind wie Schiffsnamen immer weiblich, also z.B. „Die Klaus Störtebeker“ oder „Die Rote Korsar“. Jede Crew pflegt eine

eigene Wiki-Seite, auf der die Namen der Mitglieder, die Adresse des Ankerplatzes und die Termine der Treffen zu finden sind. Neupiraten und Interessierte sind herzlich eingeladen, zu den Crewtreffen der Crews in ihrem Stadtbezirk zu kommen.

Eine *Squad* ist im Gegensatz zur Crew nicht räumlich definiert, sondern thematisch. Es handelt sich also um Arbeitsgruppen, an denen jeder Pirat je nach Fähigkeit und Zeit mitarbeiten kann. Sie dienen vor allem der Planung konkreter Veranstaltungen, Bewältigung vorübergehender oder dauerhafter Aufgaben sowie zur Erarbeitung bestimmter Politikfelder.

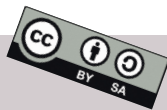
Beispiele aus Berlin sind für *Projektsquads*: Piratenfreifunk oder Erstellung eines Imagefilms; für *Struktursquads*: Öffentlichkeitsarbeit, LiquidFeedback oder Koordination von Demons-



CC: Piraten Berlin

trationen; für *Themensquads*: Bedingungsloses Grundeinkommen, Staat und Religion oder Integrationspolitik.

Impressum



Kaperbrief – Piratenzeitung zu Berlin

Herausgeber:

Piratenpartei Deutschland, LV Berlin
Pflugstraße 9a, 10115 Berlin
Telefon: 030/60982288-0
Fax: 030/60982288-9

Internet: www.kaperbrief.org

Briefe an die Redaktion:
info@kaperbrief.org

Redaktion: Dietmar Strauch, Kathi Woitas, Enno Park, Manuela Schauerhammer, Stefan Gerecke
Layout und Design: Kathi Woitas, Lisa Vanovitch
Verantwortlicher Redakteur i.S.d.P.:
Dietmar Strauch

Druck: Henke Pressedruck, Berlin

Copyright:

Alle durch die Kaperbrief-Redaktion erstellten Inhalte werden unter der Creative-Commons-Lizenz Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0 veröffentlicht (siehe <http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/deed>). Jeder darf unter den Bedingungen dieser Lizenz Beiträge vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen. Abbildungen und Fotos können unter einer abweichenden Creative-Commons-Lizenz stehen.

Freiheit ist nicht umsonst zu haben.

Deshalb freut sich die Redaktion des Kaperbriefs über jede Hilfe. Die Piratenpartei verfügt nur über wenige Finanzmittel. Aktivitäten wie der Kaperbrief werden daher ausschließlich über Spenden möglich. Wir bitten deshalb um Spenden an die Piratenpartei Berlin:

Konto 1103713200 – BLZ 43060967 – GLS Gemeinschaftsbank

Als Verwendungszweck bitte angeben: Spende Kaperbrief

Wer Namen und Anschrift angibt, erhält natürlich auch eine Spendenbescheinigung.

Die Redaktion freut sich übrigens nicht nur über Emails, sondern auch über reale Post.

**Bitte senden Sie mir
Informationen zur
Piratenpartei Berlin zu!
Meine Adresse lautet:**

Name:

Straße:

PLZ/Ort:

Email-Adresse:

Bitte
freimachen



**Piratenpartei Berlin
Redaktion Kaperbrief**

Pflugstraße 9a

10115 Berlin

Nerdson geht nicht zur Schule

„Lieber Nerdson, darf ich deine Comics auf meinem Blog benutzen?“

Ich bekomme häufig solche Anfragen. Die Antwort ist immer die selbe: „Ja, darfst du. Und du musst auch nicht um Erlaubnis bitten.“ Wisst ihr auch warum?

...Weil dieses Symbol in allen Comics von mir auftaucht. Es ist das Lizenzlogo von Creative Commons.

Wie faul bist du eigentlich? Ihm wurde doch beigebracht, dich um Erlaubnis zu bitten!

Darum geht es nicht! Es ist toll, mit den Lesern sprechen zu können! Aber stell' dir mal einen Künstler mit Millionen von Fans vor, die alle um Erlaubnis fragen... Das kann der doch gar nicht alles beantworten!

Hmmm. Er könnte ja jemanden anstellen, der die ganzen Mails beantwortet...

Yep. Oder er könnte von vornherein allen die Erlaubnis geben...

...aber bedeutet diese Lizenz nicht, dass das Werk niemandem mehr gehört und alle Künstler verhungern?

Die Lizenz bedeutet ja nicht, dass du alle Autorenrechte aufgibst! Du kannst dir aussuchen, welche Nutzungen du erlaubst, und welche nicht. So wird die Lizenzierung beschleunigt, und die Verbreitung vereinfacht. Alles mit Hilfe des Internets!

Wenn du dein Werk unter CC lizenzierst, gibst du automatisch die Rechte zur Nutzung unter einer grundsätzlichen Bedingung:

MAN MUSS DEN NAMEN DES AUTORS NENNEN

Foto von Bozo (mit Link!)

Und dann wird Creative Commons flexibel: Der Künstler kann eine Lizenz wählen, die seinen Bedürfnissen entspricht. Das reicht von „eher restriktiv“ bis „sehr großzügig“ und individualisiert, indem man diese Bedingungen kombiniert:

Namensnennung (BY)
Du musst den Autor nennen. Gilt für alle CC-Lizenzen

Nichtkommerziell (NC)
Verhindert die kommerzielle Nutzung deines Werkes.

Keine Bearbeitung (ND)
Veränderungen an dem Werk dürfen nicht vorgenommen werden.

Weitergabe unter gleichen Bedingungen (SA)
Das Werk darf verändert werden, so lange es dann wieder unter der gleichen Lizenz veröffentlicht wird.

Beispiel:

Ich stelle ein Photo ins Netz und möchte, dass es frei genutzt werden kann. Geld soll damit aber niemand verdienen. Abwandlungen sollen unter der gleichen Lizenz erscheinen.

Lösung:

CC-BY-NC-SA

Gehe zu: <http://de.creativecommons.org/>

Meine Comics stehen unter einer CC-BY-Lizenz. Jeder kann damit machen was er will, so lange mein Name genannt wird.

Ich sage es nochmal: Ihr müsst mich nicht um Erlaubnis fragen. Ihr habt sie schon!

Und ich kann einige dieser Einschränkungen zurückrufen, oder mich in Extremfällen auf meine Autorenrechte berufen.

Wenn deine Werke zum Beispiel in beleidigendem oder herabwürdigendem Kontext genutzt werden?

Genau!

Ich stelle meine Sachen ins Internet, weil ich sie teilen möchte! Das macht doch fast jeder so! Mit einer freien und offenen Lizenz wird das Ganze auch offiziell, und spart unnötige Verhandlungen. Ein Interessent muss nur nachsehen, wie das Werk lizenziert ist.

Bei dir ist diese Info ganz unten auf jeder Seite...

Aha.

Ich hab's verstanden! Übrigens... Ich hab deine Donut-Packung aufgemacht und sie mit deinen Freunden geteilt. Ich hoffe sie waren CC-BY-SA-lizenziert...

Original: Nerdson, nerdson.com - Übersetzung: Linus Neumann <http://www.netzpolitik.org> | <http://www.linus-neumann.de>

...und was soll eigentlich das „CC“ unter den Bildern?

Wenn Ihr einen Text oder ein Bild aus dem Internet einfach kopiert und übernehmt, macht Ihr Euch strafbar. Ein verbrecherischer „Raubkopierer“ wird man so schneller als man denkt (und dabei ist es egal, wie alt man ist). Zudem gibt es Webseitenbetreiber und Anwaltskanzleien, die sich darauf spezialisiert haben, dafür Schadensersatz und Abmahnungen zu fordern.

Oder andersherum: Eure Texte, Fotos oder Videos, die Ihr im Internet verfügbar gemacht habt, darf normalerweise niemand weiternutzen ohne Euch zu fragen. Auch eine gutgemeinte Quellenangabe reicht nicht – das Einverständnis des „Urhebers“ ist immer nötig!

Das Urheberrecht gilt ohne gesonderten Vermerk immer und im vollen Umfang. Und das normalerweise bis 70 Jahre *nach dem Tod* des Urhebers...unvorstellbar? Ist aber so. Auch wenn der Kreative oder Wissenschaftler oder Otto Normalperson davon gar nichts mehr hat, höchstens seine Erben Streitereien. Texte können dann z.B. nicht neu verlegt oder von Bibliotheken digitalisiert werden, Musik und Videoschnipsel von niemandem benutzt werden.

Vielleicht sind Euch schon einmal die *Creative-Commons-Lizenzen* (CC) im Netz begegnet? Das ist ein kleiner, allgemeinverständlicher Lizenzbaukasten, mit dem Urheber - also wir alle - Webseiten, Fotos und was man sonst so bastelt, zur Weiterverbreitung frei geben können. Die Creative-Commons-Lizenzen stellen nicht das Urheberrecht und schon gar nicht den Urheber in Frage, sie bauen vielmehr darauf auf. Ihr könnt damit auch festlegen, ob andere Eure Werke kreativ weiterbearbeiten dürfen, und ob sie damit Geld verdienen dürfen.

Also, wie funktioniert das genau? Der Comic des Brasilianers Karlisson Bezerra (nerdson.com) zeigt's. Dass der Comic ins Deutsche übersetzt werden konnte und hier erscheinen kann, ist eben auch der CC-BY-Lizenz zu verdanken, unter der er veröffentlicht wurde. Viel Spaß beim Lesen, Weitergeben und Bearbeiten!

